

Friedenspolitische Anforderungen an Koalitionsverhandlungen und die Arbeit der neuen Bundesregierung

07.10.2009

Afghanistanpolitik

Deutschland muss erkennen, dass es in Afghanistan zur Kriegspartei geworden ist, und nun dazu beitragen, diesen Krieg zu beenden. Die Bundeswehr kämpft in Afghanistan mit dem strategischen Auftrag einer Sicherheitsunterstützung im Rahmen des ISAF-Einsatzes unter Führung der NATO und des OEF Einsatzes und alle Beteiligten müssen feststellen, dass die Sicherheitslage für die afghanische Bevölkerung derzeit schlechter ist als je zuvor. Es ist offensichtlich, dass Stabilisierung, Wiederaufbau und Entwicklung Afghanistans nicht militärisch vorangebracht werden können. Die Verantwortung gegenüber der Bevölkerung Afghanistans besteht in der Unterstützung des Aufbaus zivilgesellschaftlicher Strukturen, verlässlicher Rechts- und Staatsstrukturen und der Polizei. Dies erfordert primär ziviles Engagement. Vorrangig sind die Stärkung lokaler Strukturen und der Zentralregierung sowie die Realisierung eines regionalen Ansatzes und die Bereitschaft zum Verhandeln mit allen Konfliktparteien.

Aus der Sicht von pax christi,

- ist es erforderlich, in der deutschen Afghanistanpolitik einen Strategiewechsel hin zu einer Stabilisierung mit primär zivilen Mitteln zu vollziehen und durch die Unterstützung und Finanzierung eines langfristigen Einsatzes ziviler Fachkräfte den Neuaufbau zivilgesellschaftlicher Strukturen zu ermöglichen;
- darf nur unter der Bedingung eines geordneten Rückzuges der Bundeswehr und des gleichzeitigen Aufbaus zivilen Engagements ein Antrag auf eine weitere befristete Mandatierung der Bundeswehr in den Bundestag eingebracht werden;
- ist es notwendig, jetzt eine verbindliche Exitstrategie für die Bundeswehr festzulegen, die mit einem an überprüfbare Kriterien gekoppelten Zeitrahmen verbunden ist;
- keiner Anfrage der Bündnispartner nach Aufstockung der Truppenstärke zuzustimmen.

Nahostpolitik

Aus historischer Verantwortung setzt sich Deutschland für die sichere Zukunft von Jüdinnen und Juden weltweit und für das Existenzrechts des Staates Israel in den Grenzen von 1949 ein. Auch das palästinensische Volk hat ein Recht auf sichere Existenz in einem souveränen, lebensfähigen Staat. Die systematische Siedlungs-, Abriegelungs- und Separationspolitik im Westjordanland, die lautlose Verdrängung aus Ostjerusalem und die Blockade des Gazastreifens entziehen einem palästinensischen Staat jedoch die Lebensgrundlagen und lähmen nahezu alle Aspekte des Alltags- und Wirtschaftslebens der Bevölkerung.

In den vergangenen Jahren hat es die Europäische Union bei der Umsetzung von EU-Abkommen mit dem Staat Israel an Sorgfalt mangeln lassen. Dadurch konnten Unternehmen, Institutionen und

Privatpersonen in völkerrechtswidrigen israelischen Siedlungen von verschiedenen Vergünstigungen und Kooperationsmöglichkeiten im Rahmen der EU-Mittelmeer- und Nachbarschaftspolitik profitieren.

Die Unterstützung für eine Zweistaatenlösung erfordert nicht nur entwicklungspolitisches Engagement, sondern auch politisches Einwirken, damit die Möglichkeit einer Zweistaatenlösung nicht durch völkerrechtswidrige Besatzungsmaßnahmen zerstört wird.

Aus der Sicht von pax christi ist es erforderlich,

- darauf zu bestehen, dass Besatzung an klare Rechtspflichten gekoppelt ist und die legitimen Sicherheitsanliegen des israelischen Staates ausschließlich im Rahmen von Menschenrechten und Völkerrecht verfolgt werden dürfen;
- darauf zu achten, dass bei der Beurteilung völkerrechtswidriger Akte (etwa Angriffe auf Zivilpersonen und zivile Gebäude) gleiche Maßstäbe an beide Konfliktparteien angelegt werden;
- dazu beizutragen, dass rechtswidrige Besatzungsmaßnahmen – wie durch das Rechtsgutachten des Internationalen Gerichtshofs 2004 festgestellt – gestoppt und rückgängig gemacht werden und dort, wo der ursprüngliche Zustand nicht wieder herstellbar ist, ein Anspruch auf Kompensation unterstützt wird;
- in der Europäischen Union darauf zu bestehen, dass israelische Siedlungen auf palästinensischem Gebiet, die einen Verstoß gegen die Vierte Genfer Konvention darstellen, aus dem Anwendungsbereich internationaler Verträge konsequent ausgeschlossen werden;
- angesichts staatlicher Entwicklungshilfe für den Aufbau der palästinensischen Wirtschaft von der Besatzungsmacht zu verlangen, dass der Waren- und Dienstleistungsverkehr innerhalb der durch Mauern, Zäune, Kontrollpunkte und Straßensperren zerstückelten Palästinensergebiete wirkungsvoll erleichtert wird;
- die Waffenlieferungen in den Nahen Osten zu beenden;
- sich dafür einzusetzen, dass Israel und Palästina sich gegenseitig als Staaten in den Grenzen von 1949 anerkennen.

Zuwanderungspolitik

Die weltweite Migration hat ein Ausmaß erreicht, das Steuerung und Gestaltung von Zuwanderung in die Europäische Union erforderlich macht. Die europäische Zuwanderungs- und Asylpolitik muss dabei den Anforderungen der Genfer Flüchtlingskonvention sowie der Europäischen Menschenrechtskonvention genügen (u. a. Reform der Dublin-II-Verordnung, Reform der Grenzschutzagentur Frontex). Möglichkeiten legaler Zuwanderung müssen verstärkt geschaffen werden.

Aus der Sicht von pax christi ist es erforderlich,

- eine gesetzliche Grundlage für eine gesicherte Lebensperspektive langjährig Geduldeter zu schaffen. Das schließt ein:
- das Ende der Kettenduldungen,
- ein gesichertes Aufenthaltsrecht für alle, die seit mehr als 6 Jahren in Deutschland leben,
- Zugang zum Arbeitsmarkt für Geduldete
- Freizügigkeit in Deutschland.

Entwicklungspolitik

Das Bundesministerium für Entwicklung und Zusammenarbeit muss als eigenständiges Ministerium erhalten bleiben. Die Armenorientierung muss zentraler Bezugspunkt der Entwicklungsarbeit bleiben. Eine Zusammenlegung mit dem Auswärtigen Amt liefe auf eine Unterordnung der Arbeit unter andere Interessen hinaus.

Atomare Abrüstung

Die im Mai 2010 in New York stattfindende Überprüfungskonferenz des Nuklearen Nichtverbreitungsvertrages (NVV) ist von höchster Bedeutung für die Verwirklichung des Ziels einer atomwaffenfreien Welt. Deutschland in seiner Rolle als Verbündeter von drei Kernwaffenstaaten kann entscheidend zum Erfolg dieser Konferenz und zur weltweiten Stigmatisierung von Atomwaffen beitragen. Der notwendige friedenspolitische Impuls, der von Deutschland ausgehen kann, ist die Abkehr von der Doktrin der nuklearen Abschreckung durch Verzicht auf die nukleare Teilhabe Deutschlands.

Aus der Sicht von pax christi ist es erforderlich,

- Verhandlungen mit den USA über den schnellen Abzug der in Büchel lagernden Atomwaffen aus Deutschland bis spätestens 2015 voranzutreiben;
- sich dafür einzusetzen, dass die deutsche Mitarbeit an der Einsatzplanung von Atomwaffen bis spätestens 2015 eingestellt wird und keine deutsche Soldaten und Kampfbomber für den Einsatz bereit gestellt werden;
- sich für ein atomwaffenfreies Europa bis spätestens 2015 und für einen Stufenplan zur Abschaffung von Atomwaffen bis 2020 auszusprechen,
- dafür zu werben, dass der Vertrag über das umfassende Verbot von Atomwaffentests (CTBT) bis spätestens 2010 in Kraft tritt (NPT-Überprüfungskonferenz);
- für eine vertragliche Einigung in 2010 zu werben, mit der die Produktion von spaltbarem Material für Atomwaffen verboten wird;
- sich zur Fürsprecherin dafür zu machen, dass Atomsprengköpfe nicht mehr bei kurzer Vorwarnzeit gefechtsbereit gehalten werden, sondern sicher und getrennt von ihren Trägersystemen gelagert werden;
- jede weitere Modernisierung von Atomwaffen und ihren Trägersystemen zu verhindern;
- sich für eine übernationale Kontrolle des gesamten Kreislaufs von spaltbarem Material einzusetzen, auch als Weg um „Atom-Terrorismus“ zu verhüten.

Konventionelle Abrüstung

Von immenser Bedeutung für eine friedenspolitische Dimension der deutschen Außenpolitik ist die Abrüstung konventioneller Waffen, da diese die Krisen in der Welt bestimmen. Zwischen 2003 und 2008 sind die deutschen Rüstungsexporte um 70% gestiegen. Als weltweit drittgrößter Exporteur von Waffen aller Art – Deutschland verantwortet 10% der weltweiten Rüstungsexporte – trägt Deutschland auch Mitverantwortung für viele militärisch ausgetragene Konflikte weltweit. Faktisch besteht nach Ende des Kalten Krieges ein neuer weltweiter Rüstungswettlauf.

Aus der Sicht von pax christi ist es erforderlich,

- in den „Politischen Richtlinien der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen“ Rüstungsexporte in Drittstaaten (nicht NATO, nicht NATO gleichgestellt und nicht EU) grundsätzlich zu verbieten;
- nicht in neue Rüstungsprojekte zu investieren;
- den Rüstungsexportbericht der Bundesregierung so zu gestalten, dass der Handel mit Rüstungsgütern detailliert nachzuvollziehen ist. Die Geschäftsinteressen der handelnden Firmen haben dagegen zurückzustehen;
- sich für eine Vereinheitlichung der Europäischen Standards für Rüstungsexporte und die Schaffung eines handlungsfähigen Europäischen Amtes für Ausfuhrkontrolle einzusetzen;
- sich im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik für eine Begrenzung der konventionellen Streitkräfte in Europa einzusetzen. Die Aufstellung von European Battlegroups müsste zwingend eine Abrüstung auf nationaler Ebene nach sich ziehen;
- sich für eine Reduzierung der in Umlauf befindlichen legalen Schusswaffen in Deutschland einzusetzen;
- die Wehrpflicht abzuschaffen.